

Zschopauer Tageblatt und Anzeiger



Wochenblatt für Zschopau und Umgegend

Anzeigerpreise: Die 40 mm breite Millimeterzeile 7 Pfg.; die 9 mm breite Millimeterzeile im Textteil 25 Pfg.; Nachschuß 1/2 E. Pflanz- und Nachdruckgebühren 25 Pfg. zuzügl. Porto.

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“ erscheint werktäglich. Einmalige Bezugspreise 1.7.33. Pflanzgeb. 20 Pfg. Belegungen werden in unv. Heftbüchlein, von den Voten, sowie von allen Postämtern angenommen.

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zschopau und des Stadtrats zu Zschopau befähigter Belegungsblatt und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Zschopau — Bankkonten: Erbgüterliche Handlungsbank e. V. m. B. Zschopau Gemeindegeldkonto: Zschopau Nr. 41; Postkonten: Leipzig Nr. 428-4. Fernsprecher Nr. 712

Verteilung für die Orte: Krumhermersdorf, Waldkirchen, Börschen, Hohenberg, Willsthal, Weibach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Wilsdorf, Scharfenstein, Schönbach, Vorichenberg

Nr. 55

Sonnabend, den 6. März 1937

105. Jahrgang

Frankreich und seine Neger „Verbrüderungsszene“ in der französischen Hauptstadt

Paris, 5. März. (Drahtmeldung). Zu Ehren des Regierabgeordneten der französischen Kammer Gratien Candace (Guadeloupe), der sein 25-jähriges Jubiläum als französischer Volksvertreter feiert, wurde in Paris ein Festessen veranstaltet, an dem als Vertreter der französischen Regierung der Kolonialminister Rauter teilnahm. Dabei erklärte Rauter in einer Ansprache, daß diese Feier das Fest der großen französischen Familie sei. In der Person Candaces grüße man das Werk Frankreichs selbst. Candace sei das „Symbol der Einigkeit der Rassen in dem gleichen Vaterland“. Namens der Regierung und der Anwesenden richtete der Kolonialminister dann „brüderliche Grüße“ an alle Einwohner des französischen Kolonialreiches.

Der ehemalige Ministerpräsident Albert Sarraut feierte in Candace das „lebende Symbol des Kolonialismuswertes Frankreichs“. In seiner Rede sagte er nicht an Angriffen gegen Deutschland und Italien. Nachdem er sich gegen die deutsche Rassenlehre gewandt hatte, die er als „Grausam“ bezeichnete, erklärte er u. a., daß ein Diktator, der jeden ein Kolonialreich erobert habe, jede Vermischung, jede gesüßmächtige und eheliche Verbindung zwischen der Erobererrasse und den Eingeborenen verbiete. Und diese werde in der heiligen Stadt der Christenheit, wenige Schritte von dem Hause des Vikars Christi, der die Brüderlichkeit aller menschlichen Rassen gepredigt habe, verkündet. Wieviel schöner ist doch Frankreich, rief Sarraut aus, dieses große und milde Frankreich, das alle seine Kinder mit der gleichen Liebe umfängt. (1)

Der ehemalige Ministerpräsident Herriot, der Präsident der Abgeordnetenkammer, sprach mit Stolz davon, daß in Frankreich die höchsten Stellen von Negern besetzt würden, und überbrachte den „Negerbrüdern“ von Guadeloupe und Martinique sowie in allen Kolonien die Grüße der französischen Volksvertretung. Er schloß seine Rede mit den Worten: „Ich erkläre am heutigen Abend, daß wir euch alle sehr lieben.“

Die Meldung aus Paris kann kaum überraschen. Es war Frankreich vorbehalten, während des Weltkrieges entgegen den internationalen Abmachungen Schwarze im Kampf gegen Weiße zu verwenden. Gewarnt die Franzosen, die dann mit Negerregimenten das Rheinland besetzten. Es fehlte schon vor dem Krieg den Franzosen an jeglichem Rassestolz; denn Ehen zwischen Französischen und Negern waren keine Seltenheit mehr. Da Frankreich die an Bevölkerungszahl schwächste europäische Großmacht ist, muß es sich auf seine farbigen Divisionen stützen, und damit gab es seinen Rassestolz auf und ließ es zu, daß in immer

stärkerem Maße das französische Volk negroid und damit ein bedenkliches Mischvolk wird. Eine Gefahr, die an das Leben des französischen Volkes geht. Vastarde sind nach den Erkenntnissen der rassenpolitischen Wissenschaften nur noch bedauernde Menschen, die zwischen den Völkern ein trauriges Dasein führen.

Als wir Deutschen noch unsere Kolonien besaßen, haben wir durch eine vorbildliche Kolonialpolitik die Herzen der Eingeborenen für uns zu gewinnen verstanden. Noch heute denken die Schwarzen mit Bewunderung an die Zeit unserer Kolonialherrschaft zurück. Die Angriffe, die in Frankreich jetzt gegen Deutschland erhoben worden sind, sind also in keiner Weise stichhaltig. Gerade die französische Rassepolitik ist es, die die Schwarzen um ihre Kultur bringt, da sie durch die ihnen fremde französische „Zivilisation“ allmählich vernichtet werden müssen. Frankreich andererseits, das seit Jahrzehnten seinen Bevölkerungsschwund durch die farbigen zu decken sucht, begehrt damit bevölkerungspolitischen Selbstmord.

Italien und Mussolini haben klar erkannt, daß die Vermischung mit den Kolonialvölkern eine große Volksgesfahr darstellt. Deshalb wurde das Eheverbot mit farbigen erlassen, zu Nutzen des italienischen Volkes und der Italiener selbst, denen man ihre völkischen Eigenschaften nicht aufgeben lassen will. Das zeugt von einem großen Verantwortungsgesühl gegenüber den völkischen Eigenarten jedes Volkes, wie sie von Gott bestimmt sind. Frankreich tut das Gegenteil und vernichtet sich und das schwarze Volk in seinen Kolonien.

Die Engländer, ein rassenstolzes Volk, haben niemals eine derartige unsinnige Bevölkerungspolitik in ihren Kolonien betrieben. In Südafrika zum Beispiel haben sie erst kürzlich Gesetze gegen die Rassenvermischung erlassen, die nicht als Minderbewertung der schwarzen Rasse angesehen werden können, vielmehr die Rassenvermischung zu verhindern suchen, weil sie auch von der Negerbevölkerung nicht gewünscht wird. Auf den Verkehr zwischen Weiß und Schwarz stehen Gefängnisstrafen. Warum greifen die französischen Minister also nicht die englische Rassepolitik an?

Wir Deutsche können über die französischen Angriffe erhaben sein. Wenn die Franzosen mit ihrer rassenentartenden Bevölkerungspolitik fortfahren wollen, so wird eines Tages das Ende der französischen „Zivilisation“ die bitterste Folge sein. Aber wir verbitten es uns, daß die kommunistisch angehauchten französischen Minister Vorwürfe gegen uns erheben, die nicht zutreffend sind, weil wir Deutschen sowohl jedes andere Volk, als auch die Kulturen der farbigen Völker achten, gerade um ihrer völkischen Eigenarten willen.

Frei sei der Rhein!

Zum Einrücken deutscher Truppen in die rheinischen Garnisonen am 7. März 1936

Nachdem der Führer mit dem am 16. März 1935 erlassenen Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht dem deutschen Volk die Wehrfreiheit und Wehrhoheit wieder zurückgegeben hatte, war es nur noch eine Frage der Zeit, auch den letzten Rest der entwürdigenden militärischen „Strafbestimmungen“ des Versailler Vertrages, die völlige Schutzlosigkeit der sogenannten neutralen Zone am Rhein, zu beseitigen. Mit dem Einrücken der deutschen Truppen in die alten Garnisonen zu beiden Seiten des deutschen Rheins wurde am 7. März 1936 diese entehrende Diktatbestimmung kurzerhand beseitigt. Ein Gebiet von 15 Millionen deutscher Menschen wurde damit in die deutsche Wehrgemeinschaft eingereiht, und die Ehre und Freiheit des deutschen Volkes war wiederhergestellt.

Dieser Befehl des Führers, der vor einem Jahre in allen deutschen Gauen größten Jubel hervorrief, war eine Folge der Entwicklung der Verhältnisse. Der Vertrag von Locarno, der einseitig Frankreich und Belgiens „Sicherheit“ auf Kosten Deutschlands verbürgte, war durch das französisch-sowjetrusische Militärbündnis praktisch aufgehoben. Dieser Vertrag bedeutete eine große Gefahr für die deutsche Westgrenze, und es war Pflicht einer verantwortungsbewußten Staatsführung, das Reich gegen Besten zu schützen.

Heute steht das Rheinland im Schutz der deutschen Wehr. So werden wir den 7. März 1936 stets als Tag der Ehre und Freiheit der Nation im Buche der Geschichte verzeichnen. Es war ein Akt der Selbsthilfe — aber nicht, wie die Verleumdern behaupteten, eine Bedrohung des Friedens. Wer seinem Lande den Frieden sichern will, der muß für den Schutz der Grenzen sorgen. Das hat Adolf Hitler getan, als er die deutschen Truppen am 7. März 1936 in ihre rheinischen Garnisonen einrücken ließ. Er gab damit den deutschen Westgauen das Gefühl der Geborgenheit im nationalsozialistischen Reich.

Deutschland, das hat der Führer immer wieder betont, will mit Frankreich in Frieden leben. Es gibt keine Streitpunkte zwischen beiden Nationen mehr. Daher stellte der Staatsakt vom 7. März 1936 keine Bedrohung unseres westlichen Nachbarn dar. Im Gegenteil: Ein Volk, das seine Grenzen gesichert weiß, das seine ganze Arbeit dem friedlichen Aufbau im Innern widmet, ist der beste Garant des Friedens.

Innere Rüstungsanleihe in Frankreich

Beschluß des französischen Ministerrats

Der französische Ministerrat hat unter Vorsitz des Präsidenten der Republik überaus wichtige Beschlüsse auf finanzpolitischem Gebiet gefaßt. Zunächst wird die freie Einfuhr von Gold und der Handel mit Gold innerhalb Frankreichs wiederhergestellt. Gleichzeitig wird eine innere Rüstungsanleihe angekündigt. Zur möglichsten Beschränkung aller Staatsausgaben mit Ausnahme der Ausgaben für die Landesverteidigung werden scharfe Maßnahmen durchgeführt.

Wie verlautet, soll die Anleihe bereits am Montag aufgelegt werden. Der Präsident der Republik wird am Sonntag persönlich einen Aufruf durch Rundfunk an die Nation richten und Ministerpräsident Blum wird in einer Rundfunkansprache die Maßnahmen erläutern und begründen.

Ministerpräsident Blum verlas nach dem Ministerrat persönlich die amtliche Verlautbarung, in der es u. a. heißt, daß das Dreierabkommen vom 25. September mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien Grundlage der Währungspolitik Frankreichs bleibt. Die Einführung einer Devisenkontrolle unterbleibt. Die Regierung fordert von der Bank von Frankreich eine allgemeine Ermächtigung für die freie Einfuhr und den freien Handel mit Gold im Inland. Vom Montag ab wird die Bank von Frankreich Gold zum Tagespreise ohne Ursprungsangabe kaufen. Ein besonderer Ausschuss soll die Verteilung des französischen Goldes und die Sicherheit des Handels und die Stabilität der Preise gewährleisten. Der Ausschuss soll den Rentenmarkt überwaachen. Was den Staatshaushalt anbelangt, so sollen die Steuererträge im Januar Anlauf zu der Hoffnung, daß sich das Staatsdefizit nicht weiter erhöht. Die Regierung hat allen Dienststellen strenge Anweisungen erteilt, um alle Ergänzungskredite zu unterlassen.

Gegen jede internationale Hege der Rundfunksender

Staatssekretär Funk: Der Rundfunk soll der Annäherung der Völker dienen

Auf der Berliner Tagung des Welt-Rundfunkvereins überbrachte Staatssekretär Funk die Grüße der Reichsregierung. Er führte dann in einer Ansprache nach einer Darstellung der Leistungen des neuen Deutschlands unter anderem aus:

Auch das Rundfunkwesen, dem Ihre Arbeit in erster Linie dient, hat in Deutschland seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus einen gewaltigen Aufschwung genommen. Dies beweist allein die Tatsache, daß sich die Zahl der Rundfunksender in den letzten Jahren mehr als verdoppelt hat. Aber auch organisatorisch und technisch sowie vor allem künstlerisch hat sich der deutsche Rundfunk von Jahr zu Jahr in aufsteigender Linie entwickelt. Der Rundfunk ist für die politische Führung zu einem der wichtigsten Mittel der Volksaufklärung und Volkserziehung geworden. Der Rundfunk ist insbesondere das Instrument, mit dem wir die ganze Welt über unsere politischen Ziele aufklären, und er ist daher in seinem heutigen hochentwickeltesten Stand in erster Reihe dazu berufen, der Verständigung unter den Völkern und dem Frieden der Welt zu dienen.

Dieser Gedanke liegt auch der Gründung des Welt-Rundfunkvereins zugrunde. Ihr Verein ist einer der härtesten Beweise für die völkerverbindende Kraft des Rundfunks. Aus den Anfängen eines gelegentlichen und nur nachbarlichen Austausches von Rundfunkübertragungen ist das große Arbeitsgebiet des Internationalen Programmanstausches entstanden, das sich heute nicht mehr auf Europa beschränkt, sondern die ganze Welt erfährt. Aus den anfänglichen Versuchen, gegenseitige technische Be-

förderungen freundschaftlich zu beheben, ist die dankenswerte Mitarbeit Ihres Vereins an der internationalen Wellenverteilung hervorgegangen. Und aus den anfänglichen Auseinandersetzungen über einzelne urheberrechtliche Streitfragen hat sich eine vielseitige und intensive Bearbeitung aller vom Rundfunk aufgeworfenen rechtlichen Probleme internationaler Art ergeben.

Die Reichsregierung weiß die politische und kulturelle Bedeutung der Arbeiten des Welt-Rundfunkvereins zu würdigen und wird ihren Einfluß dahin geltend machen, daß während der Berliner Tagung mit positiven Vorschlägen die Arbeiten des Welt-Rundfunkvereins gefördert werden. Wir haben den dringenden Wunsch, daß die Rundfunkbeziehungen mit unseren Nachbarländern freundschaftlich gestaltet werden und jede internationale Hege und Einmischung in die inneren Verhältnisse fremder Staaten über die Rundfunksender unterbunden werden. Als einen Erfolg dieser Bestrebungen können wir das in diesen Tagen mit Oesterreich abgeschlossene Abkommen verzeichnen, das auch eine Verständigung auf dem Rundfunkgebiete in sich schließt. Ihr Arbeitsgebiet kann nur bewältigt werden, wenn es fest und unverrückbar von dem Entschluß getragen ist, der Annäherung der Völker und damit dem Weltfrieden zu dienen.

Werdet Mitglied der NSB.